

sonnenklar!



Foto: Keystone

Eine ökologische Wirtschaftspolitik ist unabdingbar, wollen wir unseren Kindern ein intaktes Klima hinterlassen. Immer mehr Unternehmen stellen um und setzen auf die Klimakarte. Das Klima zu schonen fördert nicht nur das Image, sondern es rentiert in erster Linie, zumal der Bund Luftverpester seit Anfang Jahr mit der CO₂-Abgabe zur Kasse bittet.

Klimapolitik rentiert



von
Daniela Schwegler,
Journalistin BR

Unternehmen, die in den Klimaschutz investieren, sind nicht nur «Gutmenschen», sondern sie kalkulieren knallhart. Klimaschutz zahlt sich für sie aus – und zwar doppelt. Einerseits sinken durch Energiesparmassnahmen die Kosten, andererseits werden Firmen, die sich dem Klimaschutz verschreiben, von der CO₂-Abgabe befreit. Luftverschmutzer hingegen, die weiterhin ungeschmälert CO₂ emittieren, bittet der Bund neu mit 12 Franken pro Tonne fossilen Brennstoff – Öl und Erdgas – zur Kasse. 2009 werden es 24 und ab 2010 bereits 36 Franken sein.

Viele Unternehmen wollen CO₂-Ausstoss reduzieren

Über 1800 Unternehmen haben den Wink mit dem Zaunpfahl verstanden und sich gegenüber der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) dazu bereit erklärt, den CO₂-Ausstoss massiv zu reduzieren. Dank der Vereinbarungen stehen nun – gemessen am CO₂-Volumen – 90 Prozent der Emittenten in der Pflicht.

Zum Beispiel die Ems-Chemie: Seit 2006 bezieht der Werkplatz im bündnerischen Domat/Ems seine Energie aus einem Biomassekraft-

werk, das mit Holzabfällen einer nahen Sägerei gespeist wird. Dadurch substituiert der Konzern jährlich über 10 Millionen Liter Heizöl und stösst 25 000 Tonnen weniger CO₂ aus. Bis 2009 wird das Unternehmen seinen Ausstoss gegenüber 1990 um stolze 80 Prozent reduziert haben.

Ganz auf Klimaschutz setzt auch Swiss Re. Nicht von ungefähr, profitiert der weltweit grösste Rückversicherer doch ganz direkt von der Senkung des CO₂-Ausstosses. Weniger Treibhausgase in der Luft bedeuten eine geringere Erderwärmung und damit weniger Schäden

durch Überschwemmungen, Stürme oder Schmelzen der Gletscher und Polkappen. Damit sinken die Versicherungsleistungen. Swiss Re animiert deshalb seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verbesserung ihrer privaten CO₂-Bilanz. Wer ein Hybridauto, eine Solaranlage oder ein Generalabo kauft, erhält einen finanziellen Zustupf von bis zu 5000 Franken.

Jeder Klimaschutzfranken zahlt sich aus

«Jeden Franken, den Unternehmen heute in Klimaschutzmassnahmen investieren, zahlt sich aus», ist WWF-Klimaschutzexperte Felix Meier überzeugt. Dank der besseren Luft gebe es weniger Atemwegserkrankungen, geringere Ernteausfälle in der Landwirtschaft und weniger Schäden an Gebäuden. «Nicht in den Klimaschutz zu investieren, käme um ein Vielfaches teurer zu stehen.»

Die Botschaft kommt an. Acht Unternehmen haben sich unter dem Dach der WWF Climate Group bereits zusammengeschlossen, um Ernst zu machen mit dem Klimaschutz: Coop, Migros, Ikea, die KWT Kälte-Wärme-Technik AG, Swisscom, die Schweizer Jugendherbergen sowie die Zürcher Kantonalbank. Sie verpflichten sich, den Absatz energieeffizienter Produkte zu fördern, die CO₂-Emissionen zu senken und Ökostrom zu beziehen.

Coop ist vorne mit dabei

«Für Coop ist die Vereinbarung mit dem WWF eine logische Fortsetzung der 30-jährigen Anstrengungen im Bereich Umweltschutz», sagt Pressesprecher Takashi Sugimoto. «Nachhaltigkeit und damit der Klimaschutz sind zentraler Bestandteil unserer Firmenstrategie.» So sollen Verkaufsstellen bis 2010 einen Drittel weniger CO₂ ausstossen. Alle Lebensmittelläden werden neu konsequent nach Minergie-Standard gebaut.

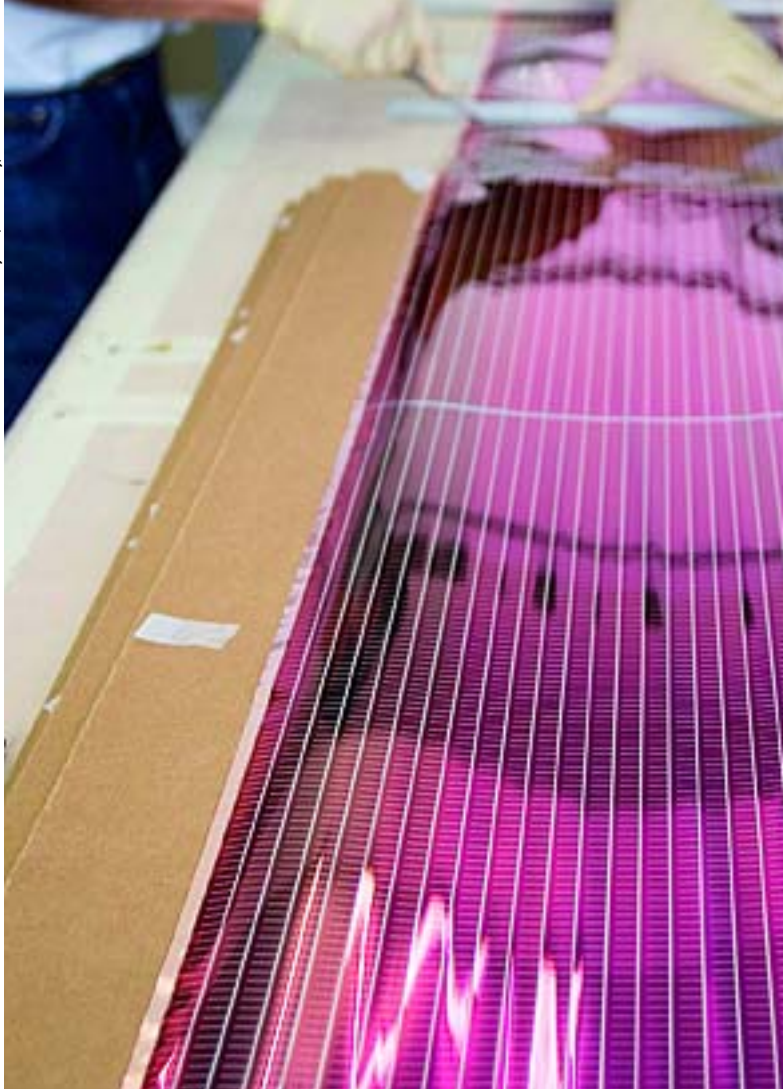
Ausserdem speist Coop einen Nachhaltigkeitsfonds mit 11,5 Millionen Franken jährlich. Davon werden 1,5 Millionen genutzt, um den CO₂-Ausstoss zu kompensieren, der durch Flugtransporte und Geschäftsreisen entsteht. Coop ist der erste Detailhändler in der Schweiz, der dies tut. Bis 2011 soll der Fonds auf 15 Millionen Franken jährlich aufgestockt werden. Bei Bioprodukten verzichtet der Grossist gemäss den Richtlinien von Bio Suisse ganz auf Flugtransporte.

Die ZKB profitiert vom Energiesparen

Eine Vorreiterrolle in der Klimapolitik spielt auch die Zürcher Kantonalbank. Ab 2010 wird sie vollständig klimaneutral wirtschaften. Emissionen werden so weit wie möglich reduziert und der Rest durch Klimaschutzprojekte kompensiert. Als relativ energiesparsamer Dienstleister profitiert die Bank übrigens ganz direkt von der CO₂-Abgabe: Sie erhält mehr Geld zurück als sie einbezahlt.

Das funktioniert so: Die Einnahmen der CO₂-Lenkungsabgabe werden der Bevölkerung direkt zurückerstattet: via Krankenkassen-Prämienvergünstigung an Privatpersonen und proportional zur AHV-Lohnsumme an Unternehmen. Die ZKB stösst rund 3000 Tonnen CO₂ durch das Verbrennen von Heizöl und Erdgas aus. Dafür bezahlt sie bei einem Abgabesatz von 36 Franken pro Tonne CO₂ ab 2010 gut 110 000 Franken. Rückvergütet erhält sie aber mehr als 640 000 Franken. Damit resultiert ein Plus von mehr als 500 000 Franken. «Diese Gelder werden wir in den Umweltschutz investieren», sagt Sprecher Christian Felix. Womit sich der Kreis schliesst.

Foto: Keystone/Gaëtan Bally



Ein Mitarbeiter der VHF-Technologies SA Flexcell in Yverdon zerschneidet biegsame und leichte Solarzellen.

Wer auf erneuerbare Energien wie Photovoltaik setzt, schafft locker 20 Prozent des Stromverbrauchs decken könnte.

Weitsichtige Wirtschaftspolitik setzt auf die Sonne



von Eric Nussbaumer, Nationalrat

Das Energieunternehmen Axpo, welches den Energiedialog mit dem «Sonnenenergie-Verspotten» gleichsetzt, behauptet, dass lediglich 5000 Gigawattstunden Solarstrom pro Jahr möglich seien. Das Paul-Scherrer-Institut hält 15 000 bis 18 000 Gigawattstunden pro Jahr für möglich.

«Sagen Sie mir doch, wie viel die Sonnenenergie zur Stromproduktion beitragen könnte. Das ist doch nur ein kleiner Teil.» Diese viel gehörte Aussage ist aus den Köpfen fast nicht wegzubringen. Die Potenziale der Sonnenenergienutzung werden in der Schweiz kleingeredet.

Die Sonne liefert locker 20 Prozent des Stroms

Auf der vom Bund gesponserten und als Teil des Energieforschungsprogramms gestalteten website www.photovoltaik.ch heisst es: «Allein im schweizerischen Gebäudepark finden sich solararchi-



te Solarzellen in kleinere Teile.

neue Arbeitsplätze und
gen zeigen, dass die Sonne

Arbeits- Sonne

tektonisch geeignete Dach- und Fassadenflächen, auf denen mit den gegenwärtig bereits verfügbaren Technologien Solarstrom im Umfang von einem Drittel des schweizerischen Strombedarfs erzeugt werden könnte.» Ein Drittel des schweizerischen Stromverbrauchs seien bereits heute machbar. Das wären dann 19 000 Gigawattstunden pro Jahr.

Neue Grosskraftwerke braucht es nicht

Letztes Jahr trug die Atomenergie gerade mal 26 000 Gigawattstunden bei. Es gilt somit: Wenn die Forscherinnen und Forscher von



Foto: Keystone

Ein Monteur verschraubt Solarpanels auf einem Dach. Die Förderung von erneuerbaren Energien im Hausbau schafft sichere Arbeitsplätze.

einem Drittel reden, dann kann die Solarenergie in der Praxis locker 20 Prozent des schweizerischen Strombedarfs abdecken. Neue Grosskraftwerke braucht es nicht. Leider will das die Mehrheit der Parlamente in Bern und in den Kantonen nicht erkennen und macht mit der schlechten Energiepolitik auch noch schlechte Wirtschaftspolitik.

Wenn es nicht mehr gelingt, das Potenzial kleinzureden, dann setzen die Politikerinnen und Politiker bei den Kosten an. Solarstrom sei zu teuer, und damit wird die Diskussion für beendet erklärt. Im besten Fall – so die mickrigen Rahmenbedingungen im Energiegesetz der Schweiz – kann der heutige Beitrag von 20 Gigawattstunden bis 2030 verzehnfacht werden. Aber auch 200 Gigawattstunden sind weit davon entfernt, die energiepolitischen Möglichkeiten sinnvoll mit der Wirtschaftspolitik zu verbinden. Die volkswirtschaftlich vertretbare Umsetzungsgeschwindigkeit sei der limitierende Faktor. Das ist falsch! Denn unsere Volkswirtschaft muss wegen der steigenden Gas- und Ölpreise erhebliche Kosten tragen, was unserer langfristig angelegten Positionierung als Exportnation im globalen Markt der erneuerbaren Energien schadet.

Ökologische Wirtschaftspolitik tut gut

Sinnvoll ist es daher, die Ausbaugeschwindigkeit für Sonnenenergie in unserem Land massiv zu erhöhen, damit wir unsere weltweite Führerschaft in dieser Technologie weiter ausbauen können.

Photovoltaik ist kapitalintensiv und braucht bestes technologisches Wissen. Beides hat die Schweiz, aber anstatt dies für unser Land und unsere Arbeitsplätze zu nut-

zen, schicken wir Milliarden von Franken an die Öl- und Gasförderungen. Allein die Preissteigerung von 50 auf 80 Franken pro Hundert Liter Heizöl kostet uns jährlich weit mehr als 1,5 Milliarden Franken. Jahr für Jahr notabene. Wir tun gut daran, rasch auf eine deutlich ökologieorientiertere Wirtschaftspolitik umzustellen. Sie wird unserem Land (und natürlich dem Klima) nur guttun.

Die Fachleute haben wir

Wir können jetzt energiepolitische Handlungsfelder sinnvoll miteinander verbinden. Wettbewerbs-

fähige Arbeitsplätze entstehen nicht nur durch Gebäudesanierungen, sondern durch den Ausbau der erneuerbaren Energien. Jedes neue Haus kann und soll hundertprozentig aus erneuerbarer Energie versorgt werden. Das können wir, und dazu haben wir gut ausgebildete Fachkräfte. Bei den Gebäudestandards müssen die Kantone einen klaren Absenkpfad bei den gesetzlich zulässigen Wärmeverbrauchswerten formulieren. Bei der sauberen Stromproduktion braucht die Sonnenenergie freie Fahrt. Wer auf erneuerbare Energie setzt, schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung bei uns in der Schweiz.

Der Arbeitskreis «sonnenklar!»

Der Arbeitskreis «sonnenklar!» will die Energie- und Umweltpolitik der SP Schweiz bekannt machen und umsetzen. Er setzt sich aus Energie- und Umweltfachleuten der SP-Fraktion der Bundesversammlung sowie weiteren interessierten Fachleuten zusammen.

Die Spendeneinnahmen von «sonnenklar!» werden zweckgebunden für politische Kampagnen und Projekte in der Energie- und Umweltpolitik eingesetzt.

Der Arbeitskreis hat bisher folgende Projekte unterstützt:

- Beitrag an SP-Energiegipfel vom 22. September 2007 (www.spschweiz.ch/index.php)
- Beitrag an die von der SP mitlancierte Klima-Initiative (www.klimainitiativeja.ch)
- Finanzierung des juristischen Gutachtens «Mitsprache beim Bau neuer AKW»
- Beitrag an die Aktion «kostendeckende Einspeisevergütung» im Rahmen der Debatte zum Stromversorgungsgesetz vom 20. September 2005 vor dem Bundeshaus
- Beitrag an die nationale Energietagung der SP Schweiz vom 12. November 2005 in Basel
- Beitrag an die Erarbeitung des Perspektivpapiers «Sicherheit und effizient umsteigen: Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien» der SP Schweiz
- Beitrag an KLAR! Schweiz für die Unterstützung der Expertise von John Large zum «Entsorgungsnachweis» der Nagra



Parteipräsident Hans-Jürg Fehr am SP-Energiegipfel vom 22. September in Dübendorf: Mit seiner Unterschrift erklärt er sich dazu bereit, für das Referendum gegen ein neues AKW in der Schweiz Unterschriften zu sammeln.

AKW als CO₂-freie Alternative zu den fossilen Energien.

Die SP hält dagegen

Eines hat die SP Schweiz mit den Strombaronen gemeinsam: Auch sie bereitet sich jetzt schon auf die Volksabstimmung über ein neues Atomkraftwerk vor. Sie hat an ihrem Energiegipfel im letzten September beschlossen, das Referendum zu ergreifen. Bis zum Lancierungstermin will sie nun 5000 Frauen und Männer dafür gewinnen, dass sie jeweils zehn Unterschriften sammeln, wenns losgeht. Die Sammlerinnen und Sammler erklären sich mit ihrer Unterschrift dazu bereit. Auf diese Weise wird die SP das schnellste Referendum aller Zeiten zustande bringen.

Das wäre ein unglaublich starker Auftakt zum letzten Kampf um die Atomenergie in der Schweiz. Denn eines ist klar: Wenn das nächste AKW verhindert werden kann, wird es nie mehr ein AKW in der Schweiz geben.

Die Aussichten, diesen Kampf zu gewinnen, sind absolut intakt, denn die Risiken der Atomkraftwerke sind zu gross (hochradioaktive Abfälle, Zielscheibe für Terrorangriffe), die Qualitäten der Alternative erneuerbarer Energien zu offensichtlich. Die SP Schweiz will die 5000 Sammlerinnen und Sammler in den nächsten Monaten finden. Sie, liebe Leserinnen und Leser, sind herzlich eingeladen, sich in die Liste einzutragen (Kontakt: cgahlinger@spschweiz.ch).

Die Atomlobby plant neue AKW. Die SP Schweiz will den Bau verhindern und bereitet sich deshalb auf ein Referendum vor: Sie sucht 5000 Schweizerinnen und Schweizer, die sich bereit erklären, zehn Unterschriften zu sammeln. Machen Sie mit!

Der atomare Countdown läuft



von
von Hans-Jürg Fehr,
Präsident SP Schweiz

Der Präsident des schweizerischen «Nuklearforums» hat vor einigen Wochen in der Presse vollmundig erklärt: «Wir werden mit 58 Prozent der Stimmen gewinnen.» Gewinnen will er die Volksabstimmung über die Rahmenbewilligung für ein neues Atomkraftwerk, die im kommenden September beim Bund eingereicht werden soll.

Dass die schweizerischen Strombarone neue AKW bauen wollen, ist längst ein offenes Geheimnis. Die Frage ist nur noch, wie viele und wo. Das Terrain bereiten sie mit einer aufwändigen Kampagne vor,

die den Leuten mit der Mär von der kommenden «Stromlücke» Angst macht und ihre Abneigung gegen Atomkraftwerke in Zustimmung verwandeln soll. Das Rezept der Atomlobby heisst: Mit Angst vor der «Stromlücke» die Angst vor den AKW überwinden, damit die Volksabstimmung gewonnen werden kann.

Die Energiewirtschaft wittert Morgenluft

Die Angst vor der Atomenergie sass den Menschen in Europa nach dem GAU in Tschernobyl lange Zeit tief in den Knochen. Der Unfall bewies, dass einmal passieren wird, was eigentlich nicht passieren darf. Österreich zog die Konsequenzen und nahm das fertig gebaute AKW Zwentendorf gar nie in Betrieb. Die rot-grüne Regierung Schröder in Deutschland zog ebenfalls Konsequenzen und beschloss den Ausstieg aus der Atomenergie. Auch die

Schweiz zog Konsequenzen und verfügte ein AKW-Moratorium.

Leider wurde seine Verlängerung vom Stimmvolk im Mai 2003 ebenso abgelehnt wie die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke, und seither wittert die Energiewirtschaft Morgenluft. Um ihrem Ziel näher zu kommen, hat sie nicht nur die «Stromlücke» erfunden und erfolgreich in den Köpfen der Leute eingepflanzt, sie hat auch die aktuelle Klimadebatte instrumentalisiert und propagiert die

Meine Umwelt ist mir etwas wert

Wenn Sie die umweltpolitischen Projekte der SP Schweiz unterstützen und «sonnenklar!» vierteljährlich erhalten wollen, senden Sie bitte Ihre Adresse an sonnenklar@spschweiz.ch.



Impressum sonnenklar! Herausgeberin: SP Schweiz, Postfach, 3011 Bern, sonnenklar@spschweiz.ch. Redaktion: Pierre Bonhôte, alt Ständerat; Thomas Christen, Generalsekretär; Chantal Gahlinger, politische Fachsekretärin; Reto Gamma, Projektleiter Fundraising; Barbara Marty Kälin, alt Nationalrätin; Roger Nordmann, Nationalrat; Eric Nussbaumer, Nationalrat; Gisèle Ory, Ständerätin; Rudolf Rechsteiner, Nationalrat; Doris Stump, Nationalrätin; Ursula Wyss, Nationalrätin. Redaktionelle Bearbeitung und Produktion: Gallati Kommunikation, Zürich. Gestaltung: Purpur AG für Publishing and Communication, Zürich. Druck: Abächerli Druck AG, Sarnen. **sonnenklar!** erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Postkonto: 30-665681-6, sonnenklar!, 3001 Bern



Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier. SPS-CC-2088. FSC® Trademark 1996. Forest Stewardship Council A. C.